

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 12. Auflage . . . . .	V
Zu den Autoren . . . . .	VI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur . . . . .	XIX

## 1. Abschnitt: Die öffentliche Verwaltung . . . . . 1

1. Die Bedeutung der öffentlichen Verwaltung für alle Personen . . . . .	1
2. Der Begriff der öffentlichen Verwaltung . . . . .	2
2.1 Öffentliche Verwaltung als staatliche Verwaltung . . . . .	2
2.2 Die Gewaltenteilungslehre als Grundlage für die Begriffsbestimmung der Verwaltung . . . . .	3
2.3 Begriffsbestimmungen . . . . .	5
2.4 Organisatorischer Verwaltungsbegriff . . . . .	6
3. Arten und Unterscheidungen der öffentlichen Verwaltung . . . . .	6
3.1 Inhalt der Verwaltungsaufgaben . . . . .	6
3.2 Eingriffsverwaltung und Leistungsverwaltung . . . . .	6
3.3 Typischer Gehalt und Zweck der Verwaltungstätigkeit . . . . .	7
3.4 Unterscheidungen . . . . .	8
3.5 Allgemeines Verwaltungsrecht und besonderes Verwaltungsrecht . . . . .	9
4. Aufgaben der öffentlichen Verwaltung . . . . .	9
5. Geschichte der Verwaltung und des Verwaltungsrechts . . . . .	11

## 2. Abschnitt: Die Organisation der öffentlichen Verwaltung . . . . . 12

1. Verhältnis der materiellen Verwaltungstätigkeit zur Verwaltungsorganisation . . . . .	12
2. Verwaltungsorganisation . . . . .	12
2.1 Unmittelbare Staatsverwaltung . . . . .	13
2.1.1 Bundesverwaltung . . . . .	13
2.1.2 Landesverwaltung . . . . .	14
2.1.3 Begriff der Behörde, Behördenleitung, behördeninterne Untergliederung und Organisation . . . . .	14
2.2 Mittelbare Staatsverwaltung . . . . .	18
2.2.1 Körperschaften des öffentlichen Rechts . . . . .	19
2.2.2 Anstalten des öffentlichen Rechts . . . . .	21
2.2.3 Stiftungen des öffentlichen Rechts . . . . .	22
2.2.4 Beliehene . . . . .	22
2.2.5 Abgrenzung zu sonstigen Privatpersonen . . . . .	24
2.2.6 Privatrechtliche Gesellschaften, die Verwaltungsaufgaben wahrnehmen . . . . .	25
3. Aufsicht . . . . .	26
3.1 Arten der Aufsicht . . . . .	26
3.1.1 Rechtsaufsicht . . . . .	26

3.1.2	Fachaufsicht . . . . .	27
3.1.3	Dienstaufsicht . . . . .	27
3.2	Aufsicht im Verhältnis der Verwaltungsträger zueinander . . . . .	27
3.2.1	Aufsicht im Verhältnis von Bund und Länder . . . . .	27
3.2.2	Aufsicht über sonstige Verwaltungsträger, insbesondere Selbstverwaltungs-körperschaften und Kommunalaufsicht . . . . .	27
3.3	Aufsicht innerhalb eines Verwaltungsträgers . . . . .	30

### 3. Abschnitt: Unterscheidung zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht . . . . . 31

1.	Einführung . . . . .	31
2.	Bedeutung der Abgrenzung des öffentlichen Rechts vom Privatrecht . . . . .	32
2.1	Rechtswegbestimmung . . . . .	32
2.2	Anwendbare Rechtsvorschriften, insbesondere Anwendbarkeit des VwVfG . . . . .	32
2.3	Verwaltungsakte und öffentlich-rechtliche Verträge nur bei Handeln auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts . . . . .	32
2.4	Verwaltungsvollstreckung nach VwVG nur zur Durchsetzung öffentlich-rechtlicher Forderungen und Verpflichtungen . . . . .	33
2.5	Staatshaftung (Art. 34 GG i. V. m. § 839 BGB) nur bei öffentlich-rechtlichem Handeln . . . . .	33
3.	Prüfungsabfolge bei der Abgrenzung des öffentlichen Rechts vom Privatrecht . . . . .	33
3.1	Eindeutige Zuordnung nach der Ermächtigungsgrundlage/Verwaltung . . . . .	34
3.2	Abgrenzung nach der Handlungsform . . . . .	35
3.2.1	Fiskalverwaltung . . . . .	35
3.2.2	Leistungsverwaltung . . . . .	38
3.3	Ermittlung des Handlungswillens anhand von Indizien . . . . .	44
3.4	Kriterium des Sachzusammenhangs bei neutralen Handlungen und Realakten . . . . .	45
3.5	Theorien für die Abgrenzung des öffentlichen Rechts vom Privatrecht . . . . .	46
3.5.1	Interessentheorie . . . . .	46
3.5.2	Subjektions- oder Subordinationstheorie . . . . .	47
3.5.3	Modifizierte Subjektstheorie (Sonderrechtstheorie) . . . . .	47
3.6	Vermutungsregel: Im Zweifel öffentliches Recht . . . . .	49

### 4. Abschnitt: Recht und Rechtsquellen des Verwaltungsrechts und Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung (Art. 20 Abs. 3 GG) . . . . . 50

1.	Einführung . . . . .	50
2.	Recht und Rechtsquellen des Verwaltungsrechts . . . . .	50
2.1	Überstaatliche Rechtsquellen . . . . .	50
2.1.1	Völkerrecht . . . . .	51
2.1.2	Europäisches Unionsrecht . . . . .	51

2.2	Nationale Rechtsquellen: Verfassung, formelle Gesetze, Rechtsverordnungen und Satzungen sowie Verwaltungsvorschriften . . . . .	54
2.2.1	Verfassungsrecht: Grundgesetz (GG) und Verfassungen der Länder . . . . .	54
2.2.2	Formelle Gesetze . . . . .	54
2.2.3	Rechtsverordnungen . . . . .	56
2.2.4	Satzungen . . . . .	58
2.2.5	Verwaltungsvorschriften . . . . .	59
2.3	Die Gesetze des allgemeinen Verwaltungsrechts, insbesondere das VwVfG und seine Anwendbarkeit . . . . .	68
2.3.1	Anwendungsbereich des VwVfG . . . . .	68
2.3.2	Verhältnis des VwVfG zur Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) . . . . .	71
2.3.3	Geltung allgemeiner Grundsätze des Verwaltungsrechts . . . . .	71
2.3.4	Weitere Rechtsquellen . . . . .	73
2.4	Rangordnung der Rechtsquellen, Normenkonkurrenzen und -kollisionen . . . . .	76
2.4.1	Rangordnung der Rechtsquellen . . . . .	76
2.4.2	Konsequenzen aus der Rangordnung der Rechtsordnung . . . . .	78
2.5	Unterscheidung Rechtmäßigkeit/Rechtswidrigkeit von der Wirksamkeit/Unwirksamkeit . . . . .	80
2.5.1	Rechtmäßigkeit/Rechtswidrigkeit von Verwaltungshandeln . . . . .	80
2.5.2	Wirksamkeit/Unwirksamkeit von Verwaltungshandeln . . . . .	80
3.	Gesetzmäßigkeit der Verwaltung: Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes . . . . .	80
3.1	Grundsatz vom Vorrang des Gesetzes . . . . .	81
3.2	Grundsatz vom Vorbehalt des Gesetzes . . . . .	81
3.2.1	Inhalt des Grundsatzes . . . . .	81
3.2.2	Gesetzliche Regelung und Herleitung des Grundsatzes . . . . .	82
3.2.3	Anwendungsbereich des Grundsatzes . . . . .	82
3.2.4	Konkretisierung der Lehre vom Vorbehalt des Gesetzes in Einzelfällen . . . . .	86
<b>5. Abschnitt: Objektives und subjektives Recht . . . . .</b>		<b>92</b>
1.	Objektives Recht und Rechtmäßigkeit/Rechtswidrigkeit des Verwaltungshandelns . . . . .	92
1.1	Objektives Recht . . . . .	92
1.2	Rechtmäßigkeit und Rechtswidrigkeit des Verwaltungshandelns . . . . .	92
2.	Subjektives öffentliches Recht: Bedeutung, Begriff und Voraussetzungen . . . . .	93
2.1	Subjektives Recht . . . . .	93
2.2	Verhältnis von objektivem und subjektivem Recht . . . . .	94
2.3	Voraussetzungen für ein subjektives öffentliches Recht . . . . .	95
2.3.1	Subjektive Rechte unmittelbar aus dem Gesetz . . . . .	95
2.3.2	Subjektive Rechte nach Auslegung der Rechtsnorm . . . . .	96
2.3.3	Subjektive Rechte aus Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten . . . . .	97
2.3.4	Subjektive Rechte in Drittbeteiligungsfällen . . . . .	98

2.4	Subjektives Recht und Ermessensentscheidung . . . . .	100
3.	Abgrenzung des subjektiven Rechts von weiteren Rechtspositionen der Bürger. . . . .	101
<b>6. Abschnitt: Verwaltungshandeln dargestellt am Verwaltungsakt. . . . .</b>		<b>102</b>
1.	Bedeutung des Verwaltungsakts als typische Handlungsform der öffentli- chen Verwaltung . . . . .	102
1.1	Handlungsformen der Verwaltung . . . . .	102
1.2	Der Verwaltungsakt als Handlungsform . . . . .	110
1.3	Funktionen des Verwaltungsakts . . . . .	110
1.3.1	Gesetzesvollzugs- und Konkretisierungsfunktion (materiell- rechtliche Regelungsfunktion). . . . .	110
1.3.2	Bestandskraftsfunktion . . . . .	111
1.3.3	Verfahrensrechtliche Funktion. . . . .	111
1.3.4	Akzeptanzfunktion . . . . .	112
1.3.5	Prozessrechtliche Funktion . . . . .	112
1.3.6	Vollstreckungs- bzw. Titelfunktion . . . . .	113
2.	Gesetzliche Grundlagen und Allgemeines zum Begriff des Verwaltungsakts . . . . .	113
2.1	Gesetzliche Begriffsbestimmung. . . . .	113
2.2	Formale Aspekte . . . . .	113
2.3	Stellung des Verwaltungsakts im System des Verwaltungshandelns . .	114
3.	Tatbestandsmerkmale des Verwaltungsaktes . . . . .	115
3.1	Maßnahme . . . . .	115
3.2	hoheitlich . . . . .	116
3.3	Behörde . . . . .	116
3.4	auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts . . . . .	117
3.5	Regelung; Abgrenzung zum schlichten Verwaltungshandeln . . . . .	118
3.6	Außenwirkung der Regelung; Abgrenzung zu verwaltungsinternen Maßnahmen . . . . .	119
3.6.1	Außenwirkung im Beamtenverhältnis. . . . .	120
3.6.2	Außenwirkung in sonstigen verwaltungsrechtlichen Sonder- verhältnissen. . . . .	120
3.6.3	Verwaltungsakte unter Mitwirkung einer weiteren Behörde (mehrstufige VAs) . . . . .	121
3.7	Einzelfallregelung, Allgemeinverfügung; Abgrenzung zur Rechts- norm . . . . .	122
3.7.1	Abgrenzung nach dem Sachverhalt und den Adressaten der Regelung . . . . .	122
3.7.2	Die Allgemeinverfügung. . . . .	124
3.7.2.1	Die personenbezogene Allgemeinverfügung . . . . .	125
3.7.2.2	Die dingliche Allgemeinverfügung. . . . .	126
3.7.2.3	Die Benutzungsregelung . . . . .	127
4.	Der Bescheid . . . . .	127
4.1	Der Begriff des Bescheides. . . . .	127
4.2	Bescheidtechnik . . . . .	128

4.3	Der Bescheidaufbau . . . . .	131
4.3.1	Der Bescheideingang . . . . .	131
4.3.2	Der Tenor. . . . .	134
4.3.2.1	Die Hauptsacheentscheidung. . . . .	134
4.3.2.2	Die Nebenentscheidungen . . . . .	136
4.3.3	Die Gründe. . . . .	139
4.3.3.1	Sachverhalt . . . . .	139
4.3.3.2	Rechtliche Würdigung . . . . .	140
4.3.4	Der Bescheidschluss. . . . .	142
<b>7.</b>	<b>Abschnitt: Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes . . . . .</b>	<b>146</b>
1.	Verfassungsrechtliche Grundlagen. . . . .	146
2.	Der Verwaltungsakt als zulässige Handlungsform (VA-Befugnis). . . . .	146
3.	Die Prüfung der Rechtmäßigkeit des VA . . . . .	149
4.	Materielle Fehlerquellen . . . . .	151
4.1	Die tatbestandlichen Voraussetzungen. . . . .	151
4.1.1	Tatbestandsmerkmale; unbestimmte Rechtsbegriffe . . . . .	151
4.1.2	Lehre vom Beurteilungsspielraum . . . . .	153
4.2	Die Rechtsfolge . . . . .	156
4.2.1	Die gebundene Entscheidung . . . . .	156
4.2.2	Das Ermessen . . . . .	157
4.2.2.1	Verschiedene Ermessensvorschriften . . . . .	157
4.2.2.2	Ermessensarten . . . . .	159
4.2.2.3	Die Ermessensausübung . . . . .	161
4.2.2.3	Ermessensfehler . . . . .	162
4.2.2.4	Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. . . . .	166
4.2.2.5	Besonderheiten bei der Überprüfung von Ermessens- entscheidungen . . . . .	170
4.3	Bestimmtheitsgrundsatz . . . . .	171
4.4	Unmöglichkeit. . . . .	174
4.4.1	Tatsächliche Unmöglichkeit. . . . .	174
4.4.2	Rechtliche Unmöglichkeit. . . . .	174
5.	Fehlerfolgen. . . . .	175
5.1	Allgemeines. . . . .	175
5.2	Fehlerarten . . . . .	176
5.3	Nichtigkeit . . . . .	177
5.4	Rechtswidrigkeit . . . . .	182
5.5	Sonstige Fehler . . . . .	184
5.5.1	„Offenbare Unrichtigkeiten“ . . . . .	184
5.5.2	Fehlerhafte oder fehlende Rechtsbehelfsbelehrung. . . . .	184

<b>8. Abschnitt: Besondere Arten der Verwaltungsakte. Verwaltungsakte mit Nebenbestimmungen</b>	<b>186</b>
1. Verwaltungsakte mit Drittwirkung	186
2. Verwaltungsakte, bei denen der Betroffene oder eine andere Behörde mitzuwirken hat.	187
3. Erlaubnisse	188
3.1 Kontrollerlaubnis	188
3.2 Ausnahmegewilligung	188
4. Zusicherung, § 38 VwVfG	189
4.1 Definition	189
4.2 Rechtsbindungswille.	189
4.3 Abgrenzung von Vorbescheid und Teilgenehmigung.	190
4.4 Wirksamkeit	190
4.5 Rechtsfolgen	191
4.6 Verwaltungsaktsqualität.	191
4.7 Erlöschen der Wirksamkeit	192
4.8 Rechtmäßigkeit	192
5. Verwaltungsakte mit Nebenbestimmungen	193
5.1 Arten und begriffliche Einordnung der Nebenbestimmungen	194
5.1.1 Befristung.	195
5.1.2 Bedingung	195
5.1.3 Widerrufsvorbehalt	195
5.1.4 Auflage.	196
5.1.5 Auflagenvorbehalt	197
5.2 Abgrenzung von Nebenbestimmungen	197
5.3 Rechtmäßigkeit von Nebenbestimmungen	198
5.3.1 bei gebundenen Entscheidungen	199
5.3.2 bei Ermessensentscheidungen	199
5.3.3 Allgemeine Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	200
5.4 § 36 Abs. 3 VwVfG	200
5.5 Rechtsschutz gegenüber belastenden Nebenbestimmungen zum begünstigenden VA	201
5.6 Prüfungshinweise.	201
6. Genehmigungsfiktion/fiktiver Verwaltungsakt	202
6.1 Voraussetzungen und Folgen der Genehmigungsfiktion	202
6.2 Aufhebung der Fiktion	204
<b>9. Abschnitt: Das Verwaltungsverfahren</b>	<b>205</b>
1. Einleitung	205
1.1 Funktionen des Verwaltungsverfahrens	205
1.2 Begriff des Verwaltungsverfahrens.	207
1.3 Arten des Verwaltungsverfahrens	207
1.4 Das nichtförmliche Verwaltungsverfahren	208
2. Die Behörde als Verfahrenspartner	208
2.1 Behördenbegriff.	208

2.2	Zuständigkeit . . . . .	208
2.2.1	Sachliche Zuständigkeit . . . . .	210
2.2.2	Instanzielle Zuständigkeit . . . . .	210
2.2.3	Örtliche Zuständigkeit . . . . .	211
2.2.4	Funktionelle Zuständigkeit . . . . .	211
2.2.5	Delegation und Mandat . . . . .	212
2.2.6	Fehlerfolgen . . . . .	212
2.3	Amtshilfepflicht . . . . .	213
2.4	Europäische Verwaltungszusammenarbeit . . . . .	214
2.5	Unparteilichkeit der Amtsführung . . . . .	215
2.5.1	Ausgeschlossene Personen . . . . .	215
2.5.2	Besorgnis der Befangenheit . . . . .	217
2.5.3	Rechtsfolgen . . . . .	218
3.	Die Verfahrenspartner der Behörde . . . . .	218
3.1	Beteiligungsfähigkeit . . . . .	219
3.2	Handlungsfähigkeit . . . . .	220
3.3	Beteiligte . . . . .	221
3.4	Bevollmächtigte und Beistände . . . . .	222
4.	Der Verfahrensablauf . . . . .	223
4.1	Einleitung des Verfahrens . . . . .	223
4.2	Amtssprache . . . . .	225
4.3	Ermittlung des Sachverhalts . . . . .	226
4.3.1	Untersuchungsgrundsatz . . . . .	226
4.3.2	Beweismittel, Mitwirkung der Beteiligten und Dritter . . . . .	227
4.4	Beratung und Auskunft . . . . .	229
4.5	Anhörung . . . . .	230
4.5.1	Tatbestandsvoraussetzungen . . . . .	230
4.5.2	Durchführung . . . . .	232
4.5.3	Ausnahmen von der Anhörungspflicht . . . . .	233
4.5.4	Fehlerfolgen . . . . .	234
4.6	Akteneinsicht . . . . .	235
4.6.1	Normzweck . . . . .	235
4.6.2	Geltungsbereich . . . . .	235
4.6.3	Reichweite des Anspruchs . . . . .	236
4.6.4	Ausnahmen . . . . .	238
4.6.5	Erfüllung des Anspruchs . . . . .	239
4.6.6	Rechtsschutz und Fehlerfolgen . . . . .	240
4.6.7	Sonstige Akteneinsichts- und Informationsrechte . . . . .	241
5.	Verfahrensabschluss . . . . .	241
5.1	Form des Verwaltungsaktes . . . . .	242
5.1.1	Grundsatz der Formfreiheit . . . . .	242
5.1.2	Der elektronische VA . . . . .	243
5.1.3	Die elektronische Kommunikation . . . . .	244
5.1.4	Fehlerfolgen . . . . .	245
5.2	Bekanntgabe . . . . .	245
5.2.1	Begriff und Rechtsfolgen . . . . .	245
5.2.2	Adressaten . . . . .	246

5.2.3	Arten der Bekanntgabe . . . . .	247
5.2.3.1	Individuelle Bekanntgabe . . . . .	247
5.2.3.2	Öffentliche Bekanntgabe . . . . .	249
5.2.3.3	Zustellung. . . . .	251
5.2.4	Fehlerfolgen . . . . .	255
5.3	Begründung . . . . .	256
5.3.1	Normzweck . . . . .	256
5.3.2	Umfang der Begründungspflicht . . . . .	257
5.3.3	Fehlerfolgen . . . . .	260
5.4	Rechtsbehelfsbelehrung . . . . .	261
5.4.1	Anwendungsbereich. . . . .	261
5.4.2	Umfang der Belehrungspflicht. . . . .	262
5.4.3	Fehler und Fehlerfolgen . . . . .	263
6.	Fehlerfolgenlehre: Heilung und Unbeachtlichkeit von Fehlern im Verwaltungsverfahren; § 44a VwGO . . . . .	264
6.1	Allgemeines. . . . .	264
6.2	Heilung, § 45 VwVfG . . . . .	265
6.3	Unbeachtlichkeit, § 46 VwVfG . . . . .	267
6.4	§ 44a VwGO . . . . .	270
7.	Besondere Verfahrensarten . . . . .	270
7.1	Förmliches Verwaltungsverfahren . . . . .	270
7.2	Planfeststellungsverfahren . . . . .	271
7.3	Verfahren über eine einheitliche Stelle . . . . .	272
<b>10. Abschnitt: Bestandskraft des Verwaltungsaktes. Rücknahme und Widerruf. Wiederaufgreifen . . . . .</b>		<b>275</b>
1.	Bestandskraft . . . . .	275
1.1	Wirksamkeit des VA . . . . .	275
1.2	Unanfechtbarkeit des VA (Bestandskraft). . . . .	276
1.3	Umfang der Bindungswirkung. . . . .	277
2.	Einführung zu Rücknahme und Widerruf. . . . .	279
2.1	Interessenkonstellationen . . . . .	280
2.2	Neuregelung, Erlöschen, Berichtigung . . . . .	281
2.3	Spezialvorschriften . . . . .	281
2.4	Eigenschaften des aufzuhebenden VA . . . . .	282
3.	Rücknahme des VA gemäß § 48 VwVfG. . . . .	283
3.1	Rücknahme belastender VAe . . . . .	284
3.2	Rücknahme begünstigender VAe . . . . .	285
3.3	Rücknahme gemeinschaftsrechtswidriger Verwaltungsakte. . . . .	289
4.	Widerruf des VA gemäß § 49 VwVfG. . . . .	292
4.1	Nicht begünstigender VA . . . . .	292
4.2	Begünstigender VA. . . . .	293
4.3	Erstattung und Verzinsung . . . . .	296
5.	Sonderfälle von Rücknahme und Widerruf . . . . .	297
5.1	VA mit (drittbelastender) Doppelwirkung. . . . .	297
5.2	Privatrechtsgestaltender VA . . . . .	298



5.3	Ungünstige Änderung eines belastenden VA . . . . .	298
6.	Wiederaufgreifen des Verwaltungsverfahrens . . . . .	299
6.1	Wiederaufgreifen nach § 51 Abs. 1–4 VwVfG . . . . .	299
6.2	Wiederaufgreifen nach § 51 Abs. 5 VwVfG. . . . .	301
6.3	Behördliche Entscheidung. . . . .	303
6.4	Ablehnungsbescheid. . . . .	304
<b>11.</b>	<b>Abschnitt: Widerspruchsverfahren. . . . .</b>	<b>306</b>
1.	Funktion und Bedeutung des Vorverfahrens. . . . .	306
2.	Erfolgsaussichten des Widerspruchs . . . . .	308
3.	Zulässigkeit des Widerspruchs . . . . .	309
3.1	Vorliegen einer verwaltungsrechtlichen Streitigkeit. . . . .	309
3.2	Statthaftigkeit des Widerspruchs. . . . .	309
3.3	Widerspruchsbefugnis. . . . .	310
3.4	Form des Widerspruchs. . . . .	312
3.5	Widerspruchsfrist. . . . .	313
3.6	Beteiligten- und Verfahrensfähigkeit . . . . .	315
3.7	Widerspruchsinteresse. . . . .	315
4.	Begründetheit des Widerspruchs. . . . .	316
4.1	Prüfungsmaßstab und -umfang . . . . .	316
4.2	Formelle Rechtmäßigkeit . . . . .	317
4.3	Materielle Rechtmäßigkeit. . . . .	317
4.4	Verwerfungskompetenz. . . . .	318
4.5	Maßgeblicher Zeitpunkt . . . . .	319
4.6	Reformatio in peius . . . . .	319
5.	Ablauf des Widerspruchsverfahrens. . . . .	321
5.1	Abhilfeverfahren . . . . .	321
5.2	Entscheidung der Widerspruchsbehörde . . . . .	323
6.	Bescheidtechnik . . . . .	324
6.1	Abhilfeentscheidung. . . . .	324
6.2	Widerspruchsbescheid. . . . .	325
6.2.1	Entscheidung bei unzulässigem Widerspruch . . . . .	326
6.2.2	Entscheidung bei unbegründetem Widerspruch. . . . .	327
6.2.3	Entscheidung bei Heilung eines Form- oder Verfahrensfehlers . . . . .	327
6.2.4	Entscheidung bei zulässigem und begründetem Widerspruch . . . . .	327
6.2.5	Entscheidung bei teilweise begründetem Widerspruch . . . . .	328
6.2.6	Entscheidung bei zurückgenommenem oder sonst erledigtem Widerspruch . . . . .	329
6.2.7	Kostenentscheidung im Widerspruchsverfahren. . . . .	329

<b>12. Abschnitt: Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz</b>	<b>332</b>
1. Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit	332
2. Verfassungsrechtliche Bezüge	333
3. Der Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten	334
3.1 Ausdrückliche Zuweisungen zum Verwaltungsrechtsweg	334
3.2 Abdrängende Verweisungen auf andere Rechtswege	335
3.2.1 Spezialzuständigkeiten der ordentlichen Gerichte	335
3.2.2 Spezialzuständigkeiten für besondere öffentlich-rechtliche Rechtswege	336
3.3 Die verwaltungsgerichtliche Generalklausel	337
4. Grundsätze des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	338
5. Der Inhalt von Klageschrift und Klageerwidern	339
5.1 Klageschrift	339
5.2 Schematische Darstellung einer Klageschrift	341
5.3 Klageerwidern der Behörde	342
5.4 Schematische Darstellung einer Klageerwidern	344
6. Allgemeine Sachentscheidungsvoraussetzungen	345
7. Statthafte Klagearten	345
8. Der maßgebliche Zeitpunkt für die Entscheidung im Verwaltungsprozess	346
9. Der verwaltungsgerichtliche Überprüfungsmaßstab	347
10. Anfechtungsklage	348
10.1 Besondere Sachurteilsvoraussetzungen der Anfechtungsklage	349
10.1.1 Statthaftheit	349
10.1.2 Klagebefugnis	350
10.1.3 Vorverfahren	351
10.1.4 Klagefrist	351
10.2 Begründetheit der Anfechtungsklage	352
11. Verpflichtungsklage	352
12. Abgrenzung von Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen	354
13. Allgemeine Leistungsklage	355
14. Allgemeine Feststellungsklage	356
15. Fortsetzungsfeststellungsklage	359
15.1 Vorbereitung eines Amtshaftungsprozesses	361
15.2 Wiederholungsgefahr	361
15.3 Rehabilitationsinteresse	361
15.4 Sich typischer Weise kurzfristig erledigende (tief greifende) Grund- rechtseingriffe	362
16. Normenkontrollverfahren	363
17. Verfahrensbeendigungen	363
17.1 Verfahrensbeendigungen ohne Sachentscheidung	363
17.1.1 Klagerücknahme (§ 92 VwGO)	363
17.1.2 Prozessvergleich (§ 106 VwGO)	363
17.1.3 Erledigungserklärung	366
17.2 Verfahrensbeendigungen mit Sachentscheidung	366
17.2.1 Gerichtsbescheide	366
17.2.2 Beschlüsse	367
17.2.3 Urteile	367

18.	Rechtsmittel . . . . .	369
19.	Der vorläufige Rechtsschutz. . . . .	369
19.1	Der einstweilige Rechtsschutz nach §§ 80, 80a VwGO. . . . .	371
19.1.1	Aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage . . . . .	371
19.1.1.1	Grundsatz: Suspensiv-effekt (§ 80 Abs. 1 VwGO) . . . . .	371
19.1.1.2	Ausnahmen: Entfall des Suspensiv-effekts (§ 80 Abs. 2 VwGO) . . . . .	372
19.1.2	Der einstweilige Rechtsschutz nach § 80 Abs. 4 VwGO. . . . .	375
19.1.3	Der einstweilige Rechtsschutz nach § 80 Abs. 5 VwGO. . . . .	376
19.1.4	Der einstweilige Rechtsschutz in Drittbeteiligungsfällen nach § 80a VwGO . . . . .	378
19.2	Der einstweilige Rechtsschutz nach § 123 VwGO . . . . .	380
20.	Exkurs: Formlose Rechtsbehelfe . . . . .	382

### **13. Abschnitt: Verwaltungsvollstreckung . . . . . 383**

1.	Begriff der Verwaltungsvollstreckung . . . . .	383
2.	Die Vollstreckung von Geldforderungen . . . . .	384
2.1	Allgemeine Voraussetzungen für die Einleitung des Vollstreckungsverfahrens . . . . .	385
2.2	Vollstreckung in das bewegliche Vermögen . . . . .	386
2.2.1	Vollstreckung in Sachen . . . . .	387
2.2.2	Vollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte. . . . .	388
2.3	Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen . . . . .	389
3.	Der Verwaltungszwang . . . . .	390
3.1	Grundlagen. . . . .	390
3.2	Zwangsmittel. . . . .	392
3.2.1	Ersatzvornahme. . . . .	394
3.2.2	Zwangsgeld. . . . .	395
3.2.3	Unmittelbarer Zwang. . . . .	396
3.2.4	Abgrenzung von Ersatzvornahme und unmittelbarem Zwang . . . . .	397
3.3	Gestuftes Verfahren . . . . .	398
3.3.1	Grundlagen. . . . .	399
3.3.2	Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen . . . . .	400
3.3.3	Vollstreckungshindernisse . . . . .	402
3.3.4	Androhung. . . . .	403
3.3.5	Festsetzung . . . . .	408
3.3.6	Anwendung . . . . .	410
3.4	Sofortvollzug. . . . .	410
4.	Kosten. . . . .	414
5.	Rechtsschutz in der Verwaltungsvollstreckung . . . . .	418
5.1	Rechtsschutz gegen den Grundverwaltungsakt. . . . .	418
5.2	Rechtsschutz gegen Vollstreckungsmaßnahmen . . . . .	419

6.	Abschleppfälle . . . . .	420
6.1	Grundlagen . . . . .	420
6.2	Abschleppmaßnahmen als Vollstreckung im gestreckten Verfahren . .	422
6.3	Abschleppmaßnahmen als Vollstreckung im Sofortvollzug . . . . .	424
6.4	Weitere Problemfelder . . . . .	424
7.	Rechts- und Pflichtennachfolge im öffentlichen Recht . . . . .	425
	<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>429</b>